

## Zielvorgabe erhöht

Schaefer will mehr Carsharing

VON MICHAEL BRANDT

**Bremen.** Rund 20.000 Bremerinnen und Bremer nutzen nach Angaben der Verkehrssenatorin Carsharing. Das Ressort von Senatorin Maïke Schaefer (Grüne) geht davon aus, dass rund ein Drittel der Carsharing-Nutzer ihr Auto abgeschafft beziehungsweise keines angeschafft haben. Schaefer sagt deshalb: „Ohne Carsharing hätten wir über 6000 Autos mehr auf den Bremer Straßen.“ Aneinandergereiht seien dies über 30 Kilometer Straßenraum, eine Schlange, so weit wie vom Bremer Marktplatz bis nach Wörpswede.

2009 hatte der Senat einen Aktionsplan beschlossen. Inhalt war, den Zielwert von 20.000 Carsharing-Nutzern in Bremen zu erreichen. Das Mobilitätsressort erinnert außerdem daran: Bremen war mit seiner Carsharing-Strategie von einer internationalen Jury als Beispiel für die Weltausstellung 2010 in Shanghai ausgewählt worden. Gab es 2009 erst drei sogenannte Mobilpunkte mit 14 Autos, stehen inzwischen rund 400 Fahrzeuge an über 125 Stationen im Stadtgebiet zur Verfügung.

ANZEIGE

Lieblingsthemen.

Weißt Bescheid?



WESER KURIER weser-kurier.de  
Für mich optimiert.

In Bremen sind nach Aussage der Behörde drei Carsharing-Anbieter aktiv: Neben Cambio ist dies Flinkster (Deutschen Bahn) und Personal Mobility Center (PMC) in der Nachfolge des norwegischen Anbieters Move About. Mit PMC arbeitet die Stadt Bremen in einem im europäischen Forschungsprojekt zusammen.

Senatorin Maïke Schaefer nennt in einer Mitteilung neue Zielvorgaben: „Für 2030 wünsche ich mir, dass wir dann mindestens 50.000 Carsharing-Nutzerinnen und -Nutzer in Bremen haben.“ Und die Fahrzeuge sollten dann ihrer Meinung nach allesamt mit E-Antrieb unterwegs sein.



Bettina Dannheim in einem Auto von Cambio. FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

REDAKTION BREMEN  
Telefon 0421/36713690  
Mail: lokales@weser-kurier.de



Haben den ehemaligen „Russenfriedhof“ im Blick: Landesarchäologin Uta Halle und Staatsarchivleiter Konrad Elmshäuser.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

# Auf der Suche nach den Toten

Vorarbeiten für Grabungen auf dem „Russenfriedhof“ sind angelaufen – im August könnte es los gehen

VON FRANK HETHEY

**Bremen.** Es regnet an diesem Nachmittag, ein trübes Wetter. Zum früheren „Russenfriedhof“ an der Reitbrake führt ein unbefestigter Weg mit lauter Schlammrumpfen. Rechter Hand befinden sich die Bahngleise, schon im Zweiten Weltkrieg rumpelten dort die Züge vorbei. Zur Linken sieht man eine Reihe von Lagerplätzen der hier angesiedelten Betriebe. Am Ende des Wegs wächst ein Grashügel empor, in der Ferne zeichnet sich der Wohnkomplex Wohlers Eichen ab. Um die langen, rot-weißen Markierungsstäbe zu erkennen, muss man schon sehr genau hinschauen – sie bezeichnen den Umfang einer 60 mal 60 Meter großen Grabstätte, die es eigentlich gar nicht mehr geben sollte.

Im Zweiten Weltkrieg wurden an dieser Stelle in Kriegsgefangenschaft umgekommene russische Soldaten begraben. Bereits kurz nach dem deutschen Überfall auf die damalige Sowjetunion waren im September 1941 die ersten 600 Männer nach Bremen gekommen. „Für den Arbeitseinsatz“, sagt Konrad Elmshäuser, Leiter des Staatsarchivs. Doch daran war nicht zu denken, schon bei ihrer Ankunft befanden sich die Gefangenen laut Elmshäuser in einem „erschütternden Zustand“. Hunger und Seuchen dezimierten sie in kürzester Zeit. „Von den 600 Soldaten waren bald nur noch 200 am Leben“, sagt der 61-Jährige.

### Platz schnell zu klein

Die ersten 100 Toten wurden noch auf dem jüdischen Friedhof beigesetzt. Schon bald zeichnete sich ab, dass der Platz nicht reichen würde. Als Ersatz wiesen die Behörden ein 20.000 Quadratmeter großes Areal an der Reitbrake aus. „Ein Riesengelände“, sagt Landesarchäologin Uta Halle. Tatsächlich sei es aber gar nicht in vollem Umfang genutzt worden. Über die exakten Ausmaße des „Russenfriedhofs“ geben alliierte Luftbilder Auskunft, die unlängst ausgewertet wurden.

Anders als man meinen könnte, wurden die Toten nicht in Massengräbern unter die Erde gebracht. Elmshäuser spricht von Einzelgräbern „im erweiterten Sinn“. Gerade einmal 35 Grabstellen waren mit Namen versehen, 280 Grabstellen nur mit Nummern. Weitere 460 Tote wurden ohne Kennzeichen begraben. Davon zu sprechen, dass die Leichen „verscharrt“ worden seien, ruft laut Elmshäuser falsche Assoziationen hervor. Das Gesundheitsamt habe penibel darauf geachtet, dass keine Gesundheitsgefährdung von den Grabstellen ausging. Die Toten seien zwar ohne Sarg, aber vergleichsweise tief begraben worden.

### Begründete Zweifel

Noch bis vor Kurzem galt es als ausgemachte Sache, dass auf dem Gelände keine Toten mehr ruhen. „Bis vor vier Wochen habe ich das selbst noch geglaubt“, sagt Elmshäuser. Das sei der Wissensstand gewesen, sein Vorgänger Hartmut Müller habe ihn noch entsprechend informiert. Doch jetzt gibt es daran begründete Zweifel. Jüngst eingesehene Quellen deuten auf eine Fehleinschätzung hin. Die Frage ist: Wurden womöglich nicht sämtliche Toten exhumiert, als man 1948 die zentrale Gedenkstätte für alle Kriegstoten

## „Kriegsopfer zweiter Klasse“

**Bremen.** Auf noch mögliche Tote auf dem Areal des früheren „Russenfriedhofs“ an der Reitbrake haben Bremer Friedensforum und die Bürgerinitiative (BI) Oslebshausen im März aufmerksam gemacht. Sie stützen sich dabei auf Angaben des russischen Onlinearchivs „Memorial“ sowie auf frühere Nachforschungen des Geschichtsforschers Harry Winkel und des Historikers Peter-Michael Meiners. Winkel hat den Vermutungen allerdings entschieden widersprochen. Den Recherchen von Ekkehard Lentz (Friedensforum) zufolge ist noch mit mindestens 116 Fäl-

len auf dem Friedhof Osterholz einrichtete? Zeitenössischen Quellen zufolge wurden rund 800 Tote auf dem Gelände beerdigt. Diese Zahl geisterte auch durch die Presse, als die Umbettung vollzogen werden sollte.

### Plötzlich verschwunden

Im Mai 1946 hatte das Polizeirevier in Oslebshausen auf Weisung der Siegermächte ein Protokoll über den Zustand des Friedhofs angelegt, damals entsprach er noch dem Kriegszustand. Doch als man sich zwei Jahre später ans Werk machen wollte, war der Friedhof plötzlich verschwunden. „Das Gelände war mit Spülsand aus dem Hafen überspült“, sagt Elmshäuser. „Es ist ein Rätsel, wieso das gemacht wurde.“ Offenbar wusste man nicht recht, wohin mit dem Schlick – der „Russenfriedhof“ erschien als nahe liegende Lösung.

Von geordneten Grabstellen war mithin nichts mehr zu sehen. Gleichsam blind musste man im Boden stochern, um die Leichen zu bergen. Zunächst seien 24 Mitarbeiter des Gartenbauamts für die Exhumierungen vorgesehen gewesen, berichtet Elmshäuser. Tatsächlich waren aber nur zwölf Männer im Einsatz. „Und das auch noch mit schlechten technischen Hilfsmitteln.“ Statt der vermuteten 800 fanden sich nur 450 Lei-

chen. „Da sagte man sich, es waren wohl doch nicht so viele.“

Auf wie viele sterbliche Überreste man bei den anstehenden Grabungen stoßen wird, kann niemand mit Bestimmtheit sagen. Um diese Frage zu klären, sollen die Arbeiten ja gerade stattfinden. Darüber, dass die Kriegsopfer nicht an diesen Ort gehören, besteht weitgehend Einigkeit. „Die Umbettung ist auch von ukrainischer Seite ausdrücklich erwünscht“, sagt Halle. „Dieser Platz hier ist unwürdig.“

Dank der Markierungsstäbe ist das ehemalige Friedhofsareal jetzt genau zu erfassen. Schon beim Einpflocken gab es die erste Überraschung. „Der Untergrund besteht teilweise aus Beton“, sagt Halle. Danach muss man sich erst einmal durch zwei Meter aufgespülten Sand wühlen. Den Anfang wollen Halle und ihr Team direkt am Gleis machen, ein Abschnitt von 60 Metern. Von dort aus will man sich dann langsam vortasten.

### Zeitraubender Vorgang

„Wir hoffen, dass wir im August beginnen können“, sagt die 64-Jährige. Zuvor muss noch für die gesamte Infrastruktur gesorgt werden, ein Bürocontainer wie auch Toiletten werden gebraucht, ein zeitraubender Vorgang. Bis zum Anbruch des Winters würde Halle die Arbeiten gern abgeschlossen haben. Dabei wird sie auf die Hilfe ihrer Studierenden setzen können. Die seien „ganz aufgeschlossen“ gewesen. Zudem sei auch von russischer Seite der Wunsch vorgebracht worden, junge Menschen an den Grabungen zu beteiligen. Für die Arbeiten soll ein Zelt aufgebaut werden, das sich stückchenweise verlängern lässt. Als Schutz vor schlechtem Wetter, aber auch aus Gründen der Pietät. „Das hier ist etwas anderes, als wenn wir Leute aus der Steinzeit ausgraben“, sagt die Landesarchäologin. Elmshäuser rechnet relativ fest damit, auf sterbliche Überreste zu stoßen. „Wenn wir uns irren sollten, bleibt die Frage: Wo sind die 300 Toten geblieben?“

## Koalition will Verbandsklagerecht erweitern

Künftig sollen Bremer Tierschutzvereine auch mit Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen gegen Verstöße vorgehen können

VON NINA WILLBORN

**Bremen.** Bremen war 2007 das erste Bundesland, das das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine gesetzlich festgeschrieben hat. Seitdem können anerkannte Tierschutz-Organisationen behördliche Entscheidungen bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz überprüfen lassen. Nun will die rot-grün-rote Koalition das Verbandsklagerecht erweitern. Künftig sollen auch Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen ins Gesetz aufgenommen werden, um den Tierschützern mehr Rechte einzuräumen.

„Das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände ist an sich wichtig, weil Tiere ja

nicht selbst gegen Missstände klagen können“, sagt Philipp Bruck, tierpolitischer Sprecher der Grünen und federführend am Antrag zur Gesetzesänderung beteiligt. Bislang sei es aber so, dass sich damit nur im Nachhinein feststellen lasse, dass eine Behörde nicht ausreichend im Sinne des Tierwohls gehandelt habe – beispielsweise bei der Genehmigung eines Tierversuchs. „In Zukunft sollen die Verbände auch darauf klagen können, dass die Verwaltung zum Handeln gezwungen wird“, sagt Bruck. Das würde dann über die Verpflichtungsklage möglich.

Mit diesem Mittel, so steht es im Antrag, kann „die Behörde zum Erlass bzw. zur Durchführung eines abgelehnten oder unter-

lassenen Verwaltungsaktes veranlasst werden, etwa, um einer Person, die ein vernachlässigtes Tier hält, das Tier fortzunehmen und ihr das Halten von Tieren zu untersagen“. Die Anfechtungsklage wiederum kann per Urteil eine Entscheidung der Verwaltung aufheben, beispielsweise eine Genehmigung für eine den Tierschutz verletzende Handlungsform. „Beide Klagerechte tragen entscheidend dazu bei, Tierschutz, der ja im Grundgesetz verbrieft ist, umzusetzen“, sagt Bruck.

In anderen Bundesländern, darunter Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz sowie das Saarland, gibt es diese Möglichkeiten bereits. In Nordrhein-Westfalen dagegen gibt

es seit 2018 kein Verbandsklagerecht mehr, weil das entsprechende Gesetz aus dem Jahr 2013 nicht verlängert wurde. In Bayern wurden Versuche, den Tierschutzvereinen mehr Rechte einzuräumen, mehrmals abgelehnt.

„Der Idealfall ist natürlich, wenn gar nicht erst geklagt werden muss“, sagt Bruck. „Wenn sich die verschiedenen Akteure schon im Vorfeld verständigen und Probleme beseitigen.“ Deshalb sieht der Antrag auch vor, die Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine bei Verwaltungsverfahren auszuweiten: Sie sollen künftig unter anderem bei der Vorbereitung von Tierschutz-Verordnungen und nach der Erteilung von Genehmigungen die Möglichkeit erhalten, Stellung zu nehmen.